

(UN-)SICHERHEITSWAHRNEHMUNG UND SICHERHEITSMASSNAHMEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die Attentate vom 11. September 2001 in den USA, auf den Zugverkehr in Madrid 2004 und das Londoner U-Bahn-Netz 2005 waren starke Treiber für die Debatten um Sicherheitsbedrohungen und Sicherheitsmaßnahmen gegen den internationalen Terrorismus. Weitere Anschläge und Anschlagversuche auf symbolträchtige Ziele in den USA und Europa intensivierten diese Diskussionen und machten den internationalen Terrorismus zu einem globalen sicherheitspolitischen Thema. Allerdings wird dieses Thema keineswegs einheitlich perzipiert. Die Wahrnehmung von (Un-)Sicherheit hängt eng damit zusammen, was in einer Gesellschaft als Sicherheitsbedrohung verstanden wird. Gerade auch deswegen wird nicht jede Sicherheitsmaßnahme, die auf einen Anschlag folgt, von einer Gesellschaft akzeptiert. Vielmehr spielen historische Erfahrungen, institutionelle Rahmenbedingungen und die in den öffentlichen Debatten gebrauchten Narrative eine große Rolle bei der Einführung und/oder Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen sowie bei der Akzeptanz oder Ablehnung von Sicherheitsmaßnahmen.

FORSCHUNGSFRAGEN

Diese Überlegungen bilden den Ausgangspunkt für die vorliegende Studie, die zwei Forschungsfragen stellt: Erstens, wie sich die (Un-)Sicherheitswahrnehmung der deutschen Gesellschaft mit Blick auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nach 9/11 darstellt, und ob sie in einem signifikanten Maße von der Wahrnehmung in Großbritannien und den USA abweicht. Die zweite Frage, der die Studie nachgeht, ist die nach den Sicherheitsmaßnahmen, die seit 9/11 in Deutschland, Großbritannien und den USA ergriffen wurden sowie nach der Akzeptanz oder Ablehnung von diesen Sicherheitsmaßnahmen. Darüber hinaus werden im Rahmen eines Exkurses die Anschläge vom 22. Juli 2011 in Norwegen behandelt. Hierbei handelt es sich zwar nicht um einen islamistisch-motivierten Anschlag – allerdings sind die Merkmale der Anschläge sowie die gesellschaftliche Reaktion überaus instruktiv mit Blick auf die Befunde der Länderstudien. Die empirische Untersuchung wird vom Konzept der Versicherheitlichung angeleitet. Das Konzept entstammt den Internationalen Beziehungen, einer Teildisziplin der Politikwissenschaften. Es geht davon aus, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung eines Themas als Sicherheitsbedrohung zentral dafür ist, ob dieses Thema auf die „sicherheitspolitische Agenda“ kommt und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden. Für den Verlauf dieser Versicherheitlichungsdynamiken sind aus konzeptioneller Perspektive verschiedene Faktoren, beispielsweise die historische Erfahrung, der institutionelle Kontext sowie die sprachliche Rahmung einer Sicherheitsbedrohung, relevant.

(UN-)SICHERHEITSWAHRNEHMUNG IN DEUTSCHLAND, GROSSBRITANNIEN UND DEN USA

Die empirische Untersuchung der (Un-)Sicherheitswahrnehmung in Deutschland, Großbritannien und den USA macht zunächst auf einen wesentlichen – wenngleich auch nur bedingt überraschenden – Aspekt aufmerksam, der allen Fällen gemeinsam ist: die Anlassbezogenheit der

Wahrnehmung sowie die Diskussion über entsprechende Sicherheitsmaßnahmen. Ein terroristischer Anschlag oder ein Anschlagversuch ist ein Ereignis, das die (Un-)Sicherheitswahrnehmung einer Bevölkerung kurzfristig relativ stark beeinflusst. Blickt man auf die einzelnen Länder, so wird darüber hinaus deutlich, dass die Befragten in den USA auch lange nach den Ereignissen vom 11. September eine leicht erhöhte (Un-)Sicherheitswahrnehmung aufweisen. Ein etwas anderes Ergebnis zeigt der Blick nach Großbritannien. Während Terrorismus in der Wahrnehmung der britischen Bevölkerung eine große Rolle spielt, geben die politischen Entscheidungsträger der Krise des Finanzsystems Priorität. Allerdings rechnen britische Entscheidungsträger das Risiko des Terrorismus durchaus zu den fünf größten Gefahren für den „British Way of Life“. Im Gegensatz dazu richtet sich die (Un-)Sicherheitswahrnehmung in Deutschland entsprechend der empirischen Erhebungen sowie der einschlägigen Umfragen, die für diese Studie herangezogen wurden, eher auf sozio-strukturelle Unsicherheiten. Der international operierende Terrorismus spielt somit in der deutschen Wahrnehmung eine eher geringere Rolle, auch wenn es bereits einen islamistisch motivierten Terroranschlag auf amerikanische Soldaten am Frankfurter Flughafen im Jahr 2011 gab.

SICHERHEITSMASSNAHMEN IM VERGLEICH

Die Betrachtung der Sicherheitsmaßnahmen, die seit den Anschlägen vom 11. September in Deutschland, Großbritannien und den USA ergriffen wurden, verweist zunächst vor allem auf das mobilisierende Moment terroristischer Ereignisse für alle Länder. So wurden nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien und Deutschland umfassende „Sicherheitspakete“ geschnürt, die zukünftige terroristische Anschläge unmöglich machen sollten. Hierfür wurde teilweise massiv in die Bürger- und Freiheitsrechte eingegriffen. Überdies wurden in allen Ländern Sicherheitsmaßnahmen, die im Rahmen der Terrorismusbekämpfung vorerst nur zeitlich befristet eingeführt wurden, immer wieder verlängert und keinesfalls ausgesetzt. Letztlich war in keinem Land ein Reflexions- und Überprüfungsprozess der verabschiedeten Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen. Neben diesen Gemeinsamkeiten, die sich bei der Untersuchung der (Un-)Sicherheitswahrnehmung auf Länderebene ergaben, machte der Blick auf ausgewählte Sicherheitsmaßnahmen in den jeweiligen Ländern auf spezifische Dynamiken bei der Einführung und/oder Verschärfung sowie der Akzeptanz und/oder Ablehnung aufmerksam. Abhängig von Land und Sicherheitsmaßnahme werden jeweils unterschiedliche historische Ereignisse, Rechtfertigungsnarrative sowie Institutionen mit Blick auf die Einführung und/oder Verschärfung sowie auf die Akzeptanz und Ablehnung der jeweiligen Sicherheitsmaßnahmen relevant. So ermöglicht unter anderem die traumatisierende Wirkung der Ereignisse vom 11. September, dass amerikanischen Sicherheitsbehörden über Jahre hinweg immer wieder umfassende Handlungsbefugnisse zugestanden wurden, sofern diese an das Narrativ „War on Terror“ und „9/11“ gekoppelt waren. In Großbritannien wiederum ermöglichten die Erfahrungen mit dem Nordirlandkonflikt in Verbindung mit einer spezifischen Rechtslage und das Argument der Kriminalitätsbekämpfung das besondere Ausmaß der Videoüberwachung in öffentlichen Räumen. Deutschland kann durch die RAF-Erfahrungen zwischen den 1970er und 1990er Jahren zwar auf eine „eigene“ Terrorgeschichte zurückblicken; allerdings scheinen diese mit Blick auf die Sicherheitsmaßnahmen im zivilen Luftverkehr keine Prägekraft zu entfalten. Und mit Blick auf den internationalen Terrorismus hat Deutschland keine ähnliche Erfahrung gemacht, die ähnlich weitreichende Maßnahmen wie in den USA oder Großbritannien zuließen. Allerdings ist Deutschland durch die Einbindung in die Europäische Gemeinschaft verpflichtet, zumindest im Bereich der zivilen

Luftsicherheit spezifische Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen. Die Bürger müssen sich diesen beugen, ohne dass vorher ein ereignisreicher Anlass auf dem eigenen Boden bestand, der diese einer Akzeptanzdebatte aussetzte.

EMPFEHLUNGEN FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGERINNEN

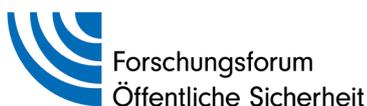
Zusammenfassend lassen sich im Lichte der Theorie und auf Grundlage der einzelnen Länderstudien folgende Empfehlungen für politische EntscheidungsträgerInnen in Deutschland formulieren:

1. Die Fallstudie zu Deutschland zeigt, dass in der Wahrnehmung der Bevölkerung eher soziale Probleme oder ökologische Herausforderungen „die Unsicherheitsagenda“ dominieren. Mit Blick auf den internationalen Terrorismus bestätigt sich das Stichwort der „German Angst“ somit keineswegs. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem „richtigen“ Maß für die Sicherheit vor Terrorismus jedoch umso drängender. Es bedarf also einer gesamtgesellschaftlichen Debatte darüber, wie viel Sicherheit „wir“ unter den aktuellen ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen für notwendig halten. In diesem Zusammenhang ergeht der Ruf insbesondere an die politischen EntscheidungsträgerInnen, derartigen Fragen nicht auszuweichen. Vielmehr gilt es diese Fragen aufzugreifen, eine Beantwortung aktiv einzufordern und damit die Voraussetzung für eine aktive Gestaltung durch Politik zu ermöglichen.
2. Sprache spielt für den Verlauf von Versicherheitlichungsdynamiken eine zentrale Rolle. Insbesondere die Fallstudie zu Dynamiken in den USA nach 9/11 macht auf die mobilisierende Macht „der Worte“ aufmerksam. Instrukтив sind jedoch auch die Reaktionen der politischen Elite in Norwegen auf die Attentate vom 22. Juli: So folgte auf die Anschläge unter anderem eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, ob und inwiefern die in Norwegen scharf geführte Migrationsdebatte Akteuren wie dem Attentäter vom 22. Juli „das Feld“ für die tatsächliche Umsetzung ihrer mit Gewalt verbundenen Ideologien bereitete. Dies verdeutlicht, dass die verbale Versicherheitlichung nicht nur bei Themen wie dem internationalen Terrorismus, sondern auch mit Blick auf andere Bereiche keineswegs „unschuldig“ ist und damit besonderer Reflexion – insbesondere im Medienzeitalter – durch die politischen EntscheidungsträgerInnen bedarf.
3. Die Länderstudien zu Großbritannien und den USA verdeutlichen die langfristigen Folgen von Versicherheitlichungsdynamiken: Erstens wurde deutlich, dass einzelne Bevölkerungsgruppen im gesellschaftlichen Diskurs stigmatisiert und auf lange Sicht mit Stereotypen belegt werden. Zweitens zeigte sich, dass die Versicherheitlichungsdynamiken zu Sicherheitsmaßnahmen führen können, die für bestimmte Bevölkerungsgruppen einen Zuwachs an Unsicherheit anstatt von Sicherheit bedeuten. Derartige Prozesse können als Nährboden für Ablehnung, Intoleranz und Aggression langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Politische EntscheidungsträgerInnen sollten derartige Effekte bei der Konstruktion von Sicherheitsmaßnahmen und im Rahmen individueller Beiträge in Versicherheitlichungsdebatten unbedingt bedenken. Schließlich gilt es Verantwortung für die Bevölkerung insgesamt zu übernehmen.

Ansprechpartner: Dr. Lars Gerhold
Leiter der Koordinierungsstelle
Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Susanne Fischer, Philipp Klüfers, Carlo Masala, Katrin Wagner (2014):
(Un-)Sicherheitswahrnehmung und Sicherheitsmaßnahmen im internationalen Vergleich.
print: 978-3-944675-04-6 online: 978-3-944675-05-3
Die Vollversion der Studie ist erhältlich unter www.schriftenreihe-sicherheit.de

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (www.sicherheit-forschung.de) führt Forschung unterschiedlicher Disziplinen zu sicherheitsrelevanten Themen zusammen und trägt dazu bei, zukünftig relevante Forschungsthemen zu identifizieren. Hauptsächlich geschieht dies durch Workshops und Expertisen zu verschiedenen Facetten der Sicherheitsforschung. Ziel ist es, wissenschaftliche Handlungsempfehlungen aus diesem heterogenen Feld zu generieren und für Politik, Industrie, und Organisationen der Sicherheit zugänglich zu machen. Die Idee zu diesem Projekt entstand auf Anregung des am Bundestag gegründeten Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e.V., dem Abgeordnete aller Parteien sowie Stakeholder aus Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



Impressum: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit
 Freie Universität Berlin
 Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
 12165 Berlin

Tel: +49 - (0)30 - 838 573 67
Fax: +49 - (0)30 - 838 4 573 67
www.schriftenreihe-sicherheit.de
kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de